

Einführung eines Jugendbeteiligungsverfahrens e-partizipation im Rahmen des e-governments.

Zielsetzung:

Das o. a. Projekt verfolgt das Ziel, Kinder und Jugendliche in Form von e-partizipation an den Abläufen in ihrer Kommune zu beteiligen.

Unter Beteiligung sind beispielsweise die Gestaltung von Lebensräumen und vieles mehr aus der Lebenswelt junger Menschen zu verstehen. Über diese spezielle Art der Beteiligung sollen sie an demokratische Strukturen und politische Prozesse herangeführt werden, denn junge Menschen interessieren sich sehr wohl für Politik und Gesellschaft im Allgemeinen und die politischen Ereignisse in ihrer Stadt im Besonderen, wie neue Untersuchungen der Sinusstudie belegen.

Allerdings nutzen Kinder und Jugendliche zunehmend das Internet, um sich über die Geschehnisse in ihrer Kommune zu informieren, sich auszutauschen, sich darzustellen und ihre Anliegen und Ideen zu formulieren. Gleichzeitig wollen sich viele jungen Menschen in ihrer Schule und ihrem sozialen Umfeld an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen. Netzbasierte Beteiligungsverfahren sind daher ein besonders geeignetes Instrument, um Kinder und Jugendliche an sozialen Prozessen in ihrer Stadt zu beteiligen, da sie sich an der Lebensrealität der jungen Menschen orientieren und ihnen den Einstieg in die Mitgestaltung ihres Gemeinwesens erleichtern.

Vor diesem Hintergrund ist die kommunale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Form von e-partizipation auch für unsere Stadt ein geeignetes Instrument der Partizipation. Nicht zuletzt, um mehr junge Menschen zu erreichen und zum „Einmischen“ zu motivieren, als es im Jugendforum mit seiner eher formalisierten und wenig interaktiven Form bisher möglich war.

Laut der Staatssekretärin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Caren Marks, ist Jugendpolitik mit und für junge Menschen heute nicht mehr umsetzbar, ohne die Nutzung von digitalen Medien. Aus ihrer Sicht sollen digitale Beteiligungsangebote einen Beitrag dazu leisten, Teilhabechancen zu verbessern und Benachteiligungen abzubauen. Sie müssen deshalb gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen und nah an deren Lebenswelt entwickelt und in vielfältige Angebote befähigender Medienbildung eingebettet werden.

Zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist: Wie kann man diese „neuen“ Medien als Werkzeuge und Motivationsträger für eine zeitgemäße Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nutzen, um einerseits die jungen Menschen in kommunale Prozesse einzubeziehen und andererseits im Umgang mit den neuen Medien zu schulen und ihren Blick auf die Chancen, aber auch auf die Risiken, zu schärfen?

Projektbeschreibung und Durchführung:

Um die jungen Menschen stärker an kommunalen Prozessen zu beteiligen, soll ein internetbasiertes Jugendbeteiligungsverfahren (e-partizipation) als Modellprojekt für zunächst drei Jahre erprobt werden. Die Durchführung des Modellprojektes gestaltet sich folgendermaßen:

Über eine Onlineplattform, die auf der städtischen Homepage verlinkt ist, können die Kinder und Jugendlichen ihre Vorschläge zu sie bewegenden Themen einbringen, Kritik äußern oder Fragen und Anregungen posten. Die eingehenden Posts werden in der Verwaltung gesichtet und mit der Unterstützung relevanter Leverkusener Akteure, wie weiterführenden Schulen, Jugendeinrichtungen, dem Kinder- und Jugendring, anderen tangierten Fachbereichen, dem Bildungsbüro und möglichen weiteren Interessenten, bearbeitet. Durch die Einbindung möglichst vieler Akteure wird die Nachhaltigkeit und Umsetzungsorientierung des Projektes sichergestellt.

Dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss wird zu jeder Sitzung eine standardisierte Übersicht über die eingegangenen Themen, den derzeitigen Bearbeitungsstatus sowie mögliche Lösungen/Maßnahmen/Projekte vorgelegt.

Über das Beratungsergebnis werden die jungen Menschen per Rückantwort-Mail informiert.

Zweimal jährlich werden die wichtigsten Themenschwerpunkte (Wichtigkeit ergibt sich aus der Häufigkeit der Nennungen durch die User sowie die Bewertung des Kinder- und Jugendhilfeausschusses) mit den Schülersprecher/innen der weiterführenden Schulen in einem Workshop thematisiert, weitere Anregungen eingeholt und Lösungsvorschläge diskutiert. Dabei werden die Schulsozialarbeiter/innen einbezogen. So können die Themen z. B. in Projektwochen an den Schulen fortgeführt werden.

Während der Einführungsphase von mindestens vier Monaten wird das Projekt von Ypart begleitet. Ypart ist ein gemeinnütziges Projekt von Liquid Democracy e. V. und wird gefördert von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bei der Entwicklung und Ausgestaltung der Plattform begleitet Ypart die Kommunen beratend. (Gute Beispiele sind die Gemeinden Jüchen und Sindelfingen, in denen das Projekt erfolgreich etabliert wurde).

Nach Abschluss der Modellphase wird das Projekt evaluiert und dem Ausschuss ein Erfahrungsbericht vorgelegt.